

Antrag

**an die 1. Tagung des 7. Landesparteitages der Partei
DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 20. Und 30. Juni 2019 in Burg**

Das bedingungslose Grundeinkommen emanzipatorisch denken, die Debatte von links gestalten!

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt will einen Diskussionsprozess über das bedingungslose Grundeinkommen führen. Der Landesvorstand wird beauftragt, diesen Diskussionsprozess zu unterstützen und so zu organisieren, dass in den Kreis- und Stadtverbänden gemeinsam mit der LAG Grundeinkommen und anderen Akteur*innen von innerhalb und außerhalb der Partei über ein linkes Grundeinkommen diskutiert werden kann. Dabei sollen gleichermaßen Befürworter*innen und Gegner*innen eines BGE zu Wort kommen.
2. Am Ende dieses Prozesses soll auf einem Landesparteitag über die Position des Landesverbandes zum BGE entschieden werden.

Begründung:

Das bedingungslose Grundeinkommen emanzipatorisch denken, die Debatte von links gestalten!

DIE LINKE. kann nur davon profitieren, konstruktiv über die Zukunft der Arbeit und der sozialen Frage zu diskutieren. Nicht nur, dass es unseren Markenkern betrifft: Es treibt viele Menschen um, dass sich ein dramatischer Wandel in der Arbeitswelt andeutet. Technischer Fortschritt droht menschliche Arbeit zunehmend überflüssig zu machen. Gleichzeitig lassen sich auch über stetiges Wachstum nicht immer neue Tätigkeitsfelder und neue Arbeitsplätze schaffen. Im Gegenteil, um den Raubbau an der Natur und den Klimawandel zu stoppen, wird Arbeit in der Kohleförderung und in der Autoindustrie verloren gehen.

Dabei könnte es eine gute Nachricht sein, dass der Mensch mit der Natur in Einklang kommt und seinen Wohlstand mit weniger Arbeit genießen könnte – wäre von der Lohnarbeit nicht das wirtschaftliche Überleben sowohl der allermeisten Menschen als auch des Sozialstaates abhängig. Viele Menschen, die unsere Gesellschaft zusammenhalten, indem sie wichtigen sozialen Tätigkeiten nachgehen, werden dafür gleich gar nicht entlohnt. DIE LINKE. entwickelt seit jeher Vorschläge dafür, wie unsere Wirtschaftsweise und unsere Sozialsysteme gerechter werden können. Wir sollten uns kritisch fragen, ob unsere bisherigen Antworten immer noch zukunftsfest sind oder ob sie besser werden können, ob sie im Angesicht kommender

Herausforderungen ergänzt oder verändert werden müssen. Zu dieser Diskussion gehört auch die Frage, ob und wie ein Bedingungsloses Grundeinkommen zu einer menschengerechten Wirtschaftsweise beitragen könnte.

Die Diskussion über ein linkes BGE eröffnet die Möglichkeit, Alternativen zur aktuellen kapitalistisch organisierten Gesellschaft in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen. Nur mit einer gemeinsam getragenen Position dazu, wie das Verhältnis von Mensch, Arbeit und Sozialstaat in Zukunft gestaltet werden soll und wie ein linkes BGE aussehen könnte, kann DIE LINKE auch dem Vordringen neoliberaler BGE-Modelle wirksam entgegentreten und als wichtige Akteurin in der BGE-Community wahrgenommen werden.

Denn auch außerhalb unserer Partei ist das Grundeinkommen schon lange im Gespräch bei denjenigen, die Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft suchen. In vielen Initiativen wird die Diskussion über die Vor- und Nachteile eines bedingungslosen Grundeinkommens und seiner verschiedenen Modelle geführt. Im Vordergrund stehen Fragen, wie Menschen in Zukunft über ein sicheres Einkommen vor Armut bewahrt werden und gleichzeitig ihre individuelle Entscheidungsfreiheit über Umfang und Art der Arbeit gestärkt wird. Nicht mehr jede Arbeit annehmen zu müssen und die Angst vor Erwerbslosigkeit, sozialem Abstieg und Hartz IV zu überwinden, wäre für viele Menschen ein Befreiungsschlag.

Im Programm unserer Partei heißt es zum Grundeinkommen: „Teile der LINKEN vertreten [...] das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, um das Recht auf eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln. Dieses Konzept wird in der Partei kontrovers diskutiert. Diese Diskussion wollen wir weiterführen.“ Es gibt viele gute Gründe, das auch in unserem Landesverband konkret und an der Basis in Angriff zu nehmen. Wenn wir das solidarisch und konstruktiv tun, können wir davon nur klüger werden und besser darin, unsere gemeinsamen Ziele zu verfolgen.